

Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## Medienmitteilung

### ***Unternehmenssteuerreform III stärkt den Wirtschaftsstandort Schaffhausen***

**Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ist für die Schweiz von grosser Bedeutung. Der Regierungsrat empfiehlt die USR III in der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 anzunehmen. Sodann hat der Regierungsrat die Eckwerte für die Umsetzung der USR III im Kanton Schaffhausen festgelegt. Mit einem ausgewogenen Massnahmenpaket für Unternehmen, Arbeitskräfte und für die Bevölkerung will der Regierungsrat die Erfolgsgeschichte des Wirtschaftsstandorts Schaffhausen weiterschreiben. Kernelement ist ein Gesamtsteuersatz von 12 bis 12.5 % für alle Unternehmen.**

Am 12. Februar 2017 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die USR III ab. Die USR III ist für die Schweiz von grosser Bedeutung. Inhalt der Reform ist die Abschaffung der international verpönten steuerlichen Sonderregelungen für Statusgesellschaften (Holdings, Domizil- und gemischte Gesellschaften). Diese Unternehmen sind in der Schweiz wichtige Arbeitgeber und Steuerzahler geworden. Die Abschaffung der Sonderregelungen ohne Ersatzmassnahmen würde die Wettbewerbsposition der Schweiz gegenüber dem Ausland stark beeinträchtigen und zu Wegzügen von Unternehmen, zum Abbau von Arbeitsplätzen und zu hohen Steuerausfällen bei Bund, Kantonen und Gemeinden führen. Deshalb hat das eidgenössische Parlament mit der USR III ein Paket mit international akzeptierten Ersatzmassnahmen verabschiedet. Zur Finanzierung ihrer Massnahmenpakete erhalten die Kantone einen höheren Anteil an der direkten Bundessteuer (von 17 auf 21.2 %).

#### **Statusgesellschaften – ein wichtiger Teil der Schaffhauser Wirtschaft**

Der Kanton Schaffhausen ist aufgrund seiner vergleichsweise hohen Anzahl an Statusgesellschaften besonders von deren Abschaffung erheblich betroffen. Die 397 im Kanton Schaffhausen ansässigen Statusgesellschaften bieten 3'200 Arbeitsplätze und bezahlen einen Anteil von 46.8 % (56.5 Mio. Franken) an den gesamten Steuereinnahmen der juristischen Personen von Kanton und Gemeinden. Rund die Hälfte der bei Statusgesellschaften beschäftigten Arbeitskräfte wohnt im Kanton Schaffhausen. Diese Personen zahlen in der Grössenordnung von 7 bis 20 Mio. Franken Steuern. Ohne Massnahmen im Rahmen der USR III verdoppelt sich die effektive Steuerbelastung für diese Unternehmen und Schaffhausen würde für sie als Standort im internationalen Vergleich deutlich teurer und damit unattraktiv. Wegzüge und Unternehmensschliessungen, einhergehend mit Arbeitsplatz- und Steuerverlusten, wären zu befürchten.

ten. Zudem müsste mit erheblichen Umsatz- und Auftragseinbussen beim lokalen Gewerbe, beim Detailhandel und bei der Gastronomie gerechnet werden.

### **Stärkung des Kantons Schaffhausen**

Der Kanton Schaffhausen hat sich als Wirtschaftsstandort erfreulich entwickelt. Diese Erfolgsgeschichte soll durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen fortgeschrieben werden, denn sie fördert Wohlstand und die Steigerung der Lebensqualität für die Bevölkerung. Entscheidend für die Standortwahl der Unternehmen im Kanton Schaffhausen ist primär eine – wie heute – attraktive Besteuerung. Der Regierungsrat will deshalb mit einem ausgewogenen und finanzierbaren Massnahmenpaket die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standortes Schaffhausen und die einheimische Wirtschaft weiterhin sichern. KMU, Gewerbe und Startups sollen in ihrer Entwicklung unterstützt und gestärkt werden. Die erfolgreiche Politik der Ansiedlung von nationalen und internationalen Gesellschaften mit substanziellen Tätigkeiten soll weitergeführt werden können.

### **Attraktives Massnahmenpaket für alle Unternehmen und Entlastung der natürlichen Personen**

Um attraktiv und international wettbewerbsfähig zu bleiben, plant der Regierungsrat als Kernelement bei der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform einen Gewinnsteuersatz von 12 bis 12.5 % sowie eine tiefe Kapitalsteuer für alle Unternehmen. Weitere Massnahmen der kantonalen Unternehmenssteuerreform sind die Einführung einer Patentbox, mit der Erträge aus erfolgreicher Forschung und Entwicklung entlastet werden, sowie die zinsbereinigte Gewinnsteuer auf Eigenkapital. Mit dieser können mobile und ertragsstarke Unternehmen und deren Arbeitsplätze gehalten werden. Eine Begrenzung soll die Entlastung massvoll limitieren.

Der Regierungsrat beabsichtigt, gleichzeitig mit der zukünftigen Unternehmensbesteuerung eine steuerliche Entlastung für die natürlichen Personen einzuführen. Diese soll durch eine Erhöhung der Versicherungsabzüge zwischen 200 und 1250 Franken erfolgen. Einzelpersonen und Familien bezahlen damit rund 1 Prozent weniger Steuern und die tiefen Einkommen werden stärker entlastet. Damit ist das Massnahmenpaket ausgewogen.

### **Finanziell tragbare Umsetzung für Kanton und Gemeinden**

Die Senkung des Gewinnsteuersatzes wird finanziert durch die höhere steuerliche Belastung der heute privilegiert besteuerten Statusgesellschaften sowie den erhöhten Anteil an der direkten Bundessteuer. Die zusätzlichen Mittel aus der Direkten Bundessteuer der Juristischen Personen sollen zu 45 % an die Gemeinden fliessen, welche nach der Reform Mindereinnahmen bei den Steuereinnahmen der Juristischen Personen verzeichnen werden. Damit nimmt der Regierungsrat seine Verantwortung gegenüber den Gemeinden wahr.

In den ersten fünf Jahren nach der Einführung rechnet der Regierungsrat mit jährlichen Mindereinnahmen bei Kanton und Gemeinden von maximal 10.2 Mio. Franken, was knapp 2 % der Steuereinnahmen von Kanton und Gemeinden entspricht. Diese sind in der aktuellen Finanzplanung berücksichtigt. Danach erwartet der Regierungsrat deutlich steigende Steuereinnahmen gegenüber dem heutigen Niveau.

### **Wirtschaftliche Erfolgsgeschichte weiterschreiben**

Für den Regierungsrat ist die USR III eine Investition in die Zukunft. Er ist überzeugt, dass die kantonale Umsetzung der USR III den Kanton Schaffhausen im nationalen und internationalen Vergleich stärkt. Die Reform schafft die Voraussetzung, die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der letzten Jahre weiterzuschreiben, den ansässigen Unternehmen optimale Rahmenbedingungen zu bieten und gleichzeitig die Bevölkerung zu entlasten. Ein erster wichtiger Schritt dazu ist die Annahme der USR III in der eidgenössischen Volksabstimmung am 12. Februar 2017, denn es ist keine bessere Alternative in Sicht.

Der Regierungsrat wird voraussichtlich im April 2017 die kantonale Vorlage in die Vernehmlassung schicken. Es ist geplant, dem Kantonsrat im Herbst 2017 die entsprechende Vorlage zu unterbreiten. In Kraft treten soll das neue Gesetz per Anfang 2019.

Schaffhausen, 17. Januar 2017

*Staatskanzlei Schaffhausen*

Auskunft erteilt:

- Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel, Telefon 052 632 72 50, am 17. Januar 2017 von 13.00 bis 14.00 Uhr oder ab 15.30 Uhr.

# Unternehmenssteuerreform III

(USR III)

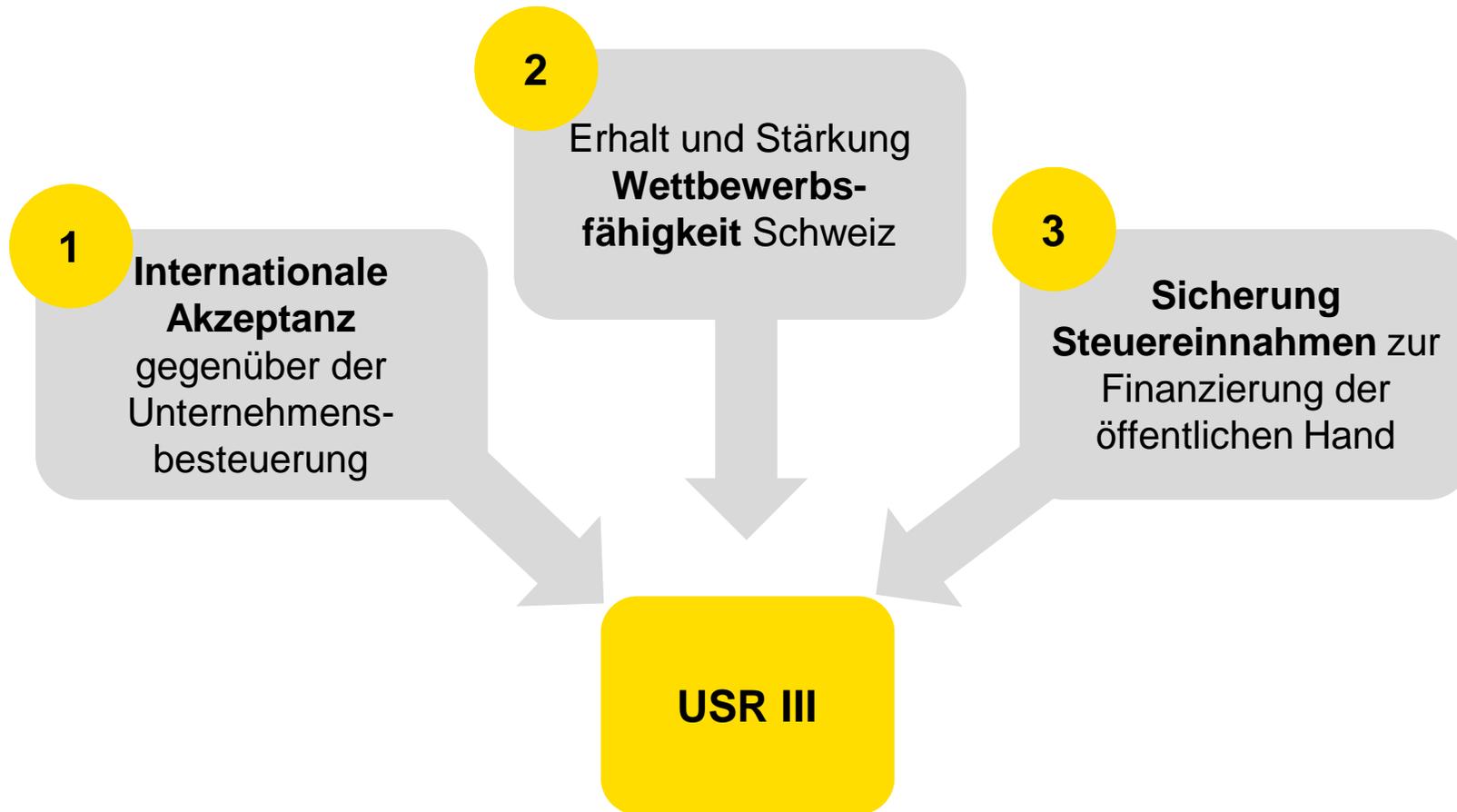
Umsetzung im Kanton Schaffhausen

---

- **Ausgangslage**
  - **Internationaler Druck auf Schweizer Steuersystem**
  - **Antwort der Schweiz: Unternehmenssteuerreform III**
- Situation Kanton Schaffhausen
  - Betroffenheitsanalyse: Arbeitsplätze und Steuereinnahmen
  - Standortwettbewerb
- Gesamtstrategie Wirtschaftsstandort Schaffhausen
- Umsetzung Kanton Schaffhausen
  - Unternehmen und Arbeitskräfte
  - Bevölkerung
  - Finanzierung
- Fazit und nächste Schritte

- Den «**Status quo**» wird es **nicht mehr geben**: Die Schweiz **muss ihr Steuersystem anpassen**.
- Stein des Anstosses: **Unterschiedliche Besteuerung von Gewinnen**
- Die **Schweizerischen Sonderregelungen sind nicht mehr haltbar**.
  - Hierüber besteht ein breiter Konsens in der Schweiz
  - Sonst sind Gegenmassnahmen und gravierende Probleme mit unseren Handelspartnern zu erwarten (u.a. Gefahr von Repressionsmassnahmen gegen Schweizer Unternehmen im Ausland)
- **Fehlende Planungs- & Rechtssicherheit** schwächt Wirtschaftsstandort und **verhindert Investitionen** in der Schweiz.

# Drei Ziele in einem ausgewogenen Paket vereint: USR III



1

**Internationale Akzeptanz**  
gegenüber der Unternehmensbesteuerung

- **Abschaffung der kantonalen Steuerstatus**
- Einführung **international anerkannter Ersatzmassnahmen** für Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz

1

**Internationale Akzeptanz**  
gegenüber der Unternehmensbesteuerung

2

Erhalt und Stärkung **Wettbewerbsfähigkeit** Schweiz

- **Abschaffung der kantonalen Steuerstatus**
- Einführung **international anerkannter Ersatzmassnahmen** für Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz
- **Neues, zielführendes Instrumentarium** an Massnahmen **zugunsten der Unternehmen**
- Ermöglicht **massgeschneiderte Lösungen**, die den unterschiedlichen Ausgangslagen in den Kantonen Rechnung tragen.

1

**Internationale Akzeptanz**  
gegenüber der Unternehmensbesteuerung

2

Erhalt und Stärkung **Wettbewerbsfähigkeit** Schweiz

3

**Sicherung Steuereinnahmen** zur Finanzierung der öffentlichen Hand

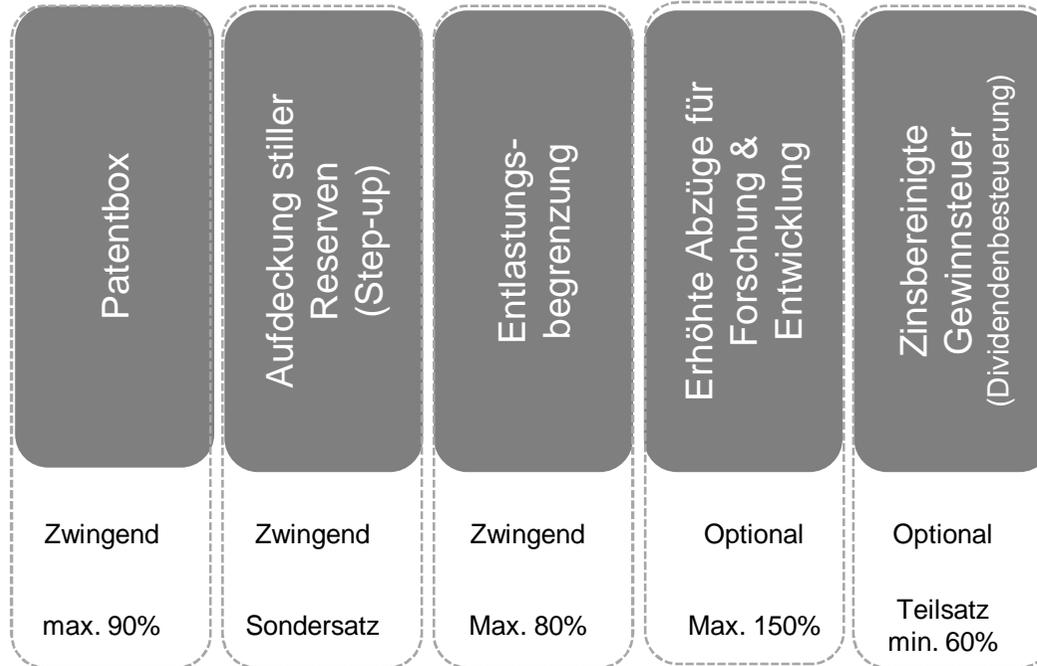
- **Abschaffung der kantonalen Steuerstatus**
- Einführung **international anerkannter Ersatzmassnahmen** für Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz
- **Neues, zielführendes Instrumentarium** an Massnahmen **zugunsten der Unternehmen**
- Ermöglicht **massgeschneiderte Lösungen**, die den unterschiedlichen Ausgangslagen in den Kantonen Rechnung tragen.
- **Handlungsspielraum für die Kantone** dank obligatorischen und fakultativen Elementen
- **Erhöhung des Kantonsanteils** an der direkten Bundessteuer von **17% auf 21.2%**

## Unternehmenssteuerreform III

### Kantonales Recht



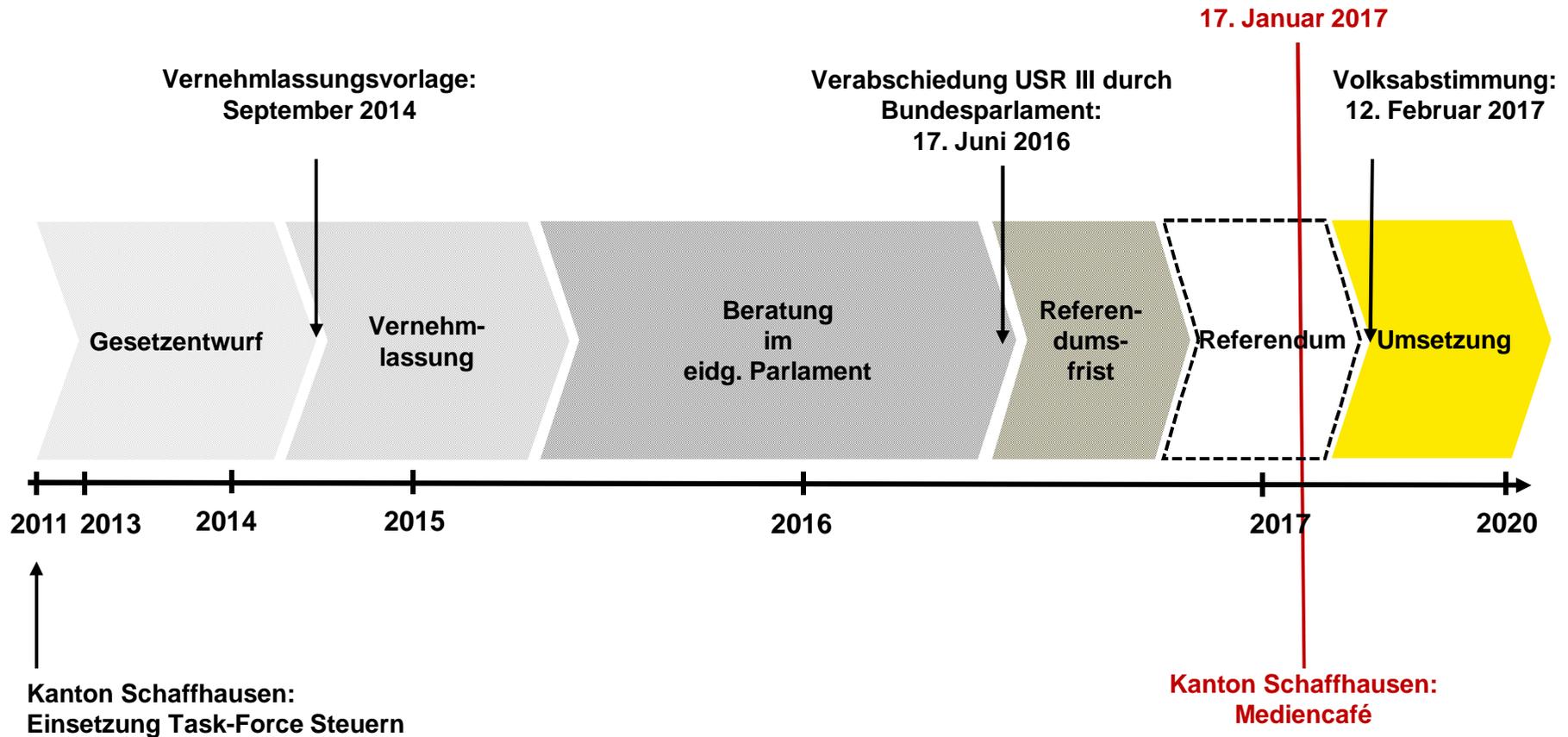
### Vorgaben des Steuerharmonisierungsgesetzes (StHG)



Umsetzung in den Kantonen

Begrenzung

# Ergebnis eines langjährigen Prozesses



# Wer steht hinter der USR III?



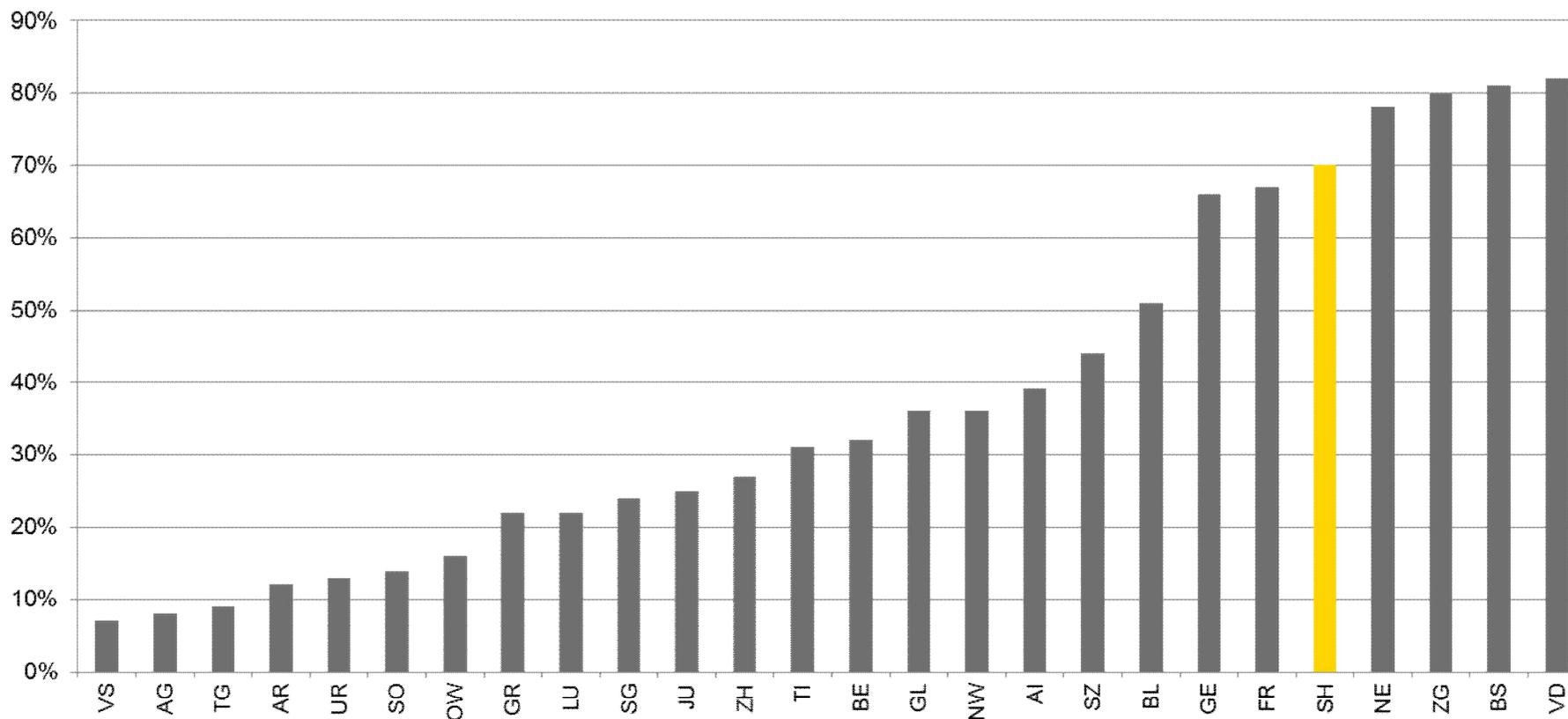
- Parlament und Bundesrat
- Alle Kantone
- Die Finanzdirektoren und Finanzdirektorinnen der Kantone
- Schweizer Gemeindepräsidentenverband
- Schweizer Gewerbeverband
- Swissmem
- Economiesuisse
- Mehrheit der Parteien: SVP, FDP, CVP, BDP, GLP

- Ausgangslage
  - Internationaler Druck auf Schweizer Steuersystem
  - Antwort der Schweiz: Unternehmenssteuerreform III
- **Situation Kanton Schaffhausen**
  - **Betroffenheitsanalyse: Arbeitsplätze und Steuereinnahmen**
  - **Standortwettbewerb**
- Gesamtstrategie Wirtschaftsstandort Schaffhausen
- Umsetzung Kanton Schaffhausen
  - Unternehmen und Arbeitskräfte
  - Bevölkerung
  - Finanzierung
- Fazit und nächste Schritte

# USR III für Schaffhausen zentral

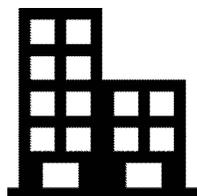


Anteil der Statusgesellschaften an der Gewinnsteuerbasis in den Kantonen 2015



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung, 2015

# Ein wichtiger Teil der Schaffhauser Wirtschaft



**397** Statusgesellschaften als direkt betroffene Unternehmen



**3'200** Arbeitsplätze (9% aller Arbeitsplätze im Kanton)  
Rund die Hälfte der Arbeitnehmenden wohnt im Kanton Schaffhausen



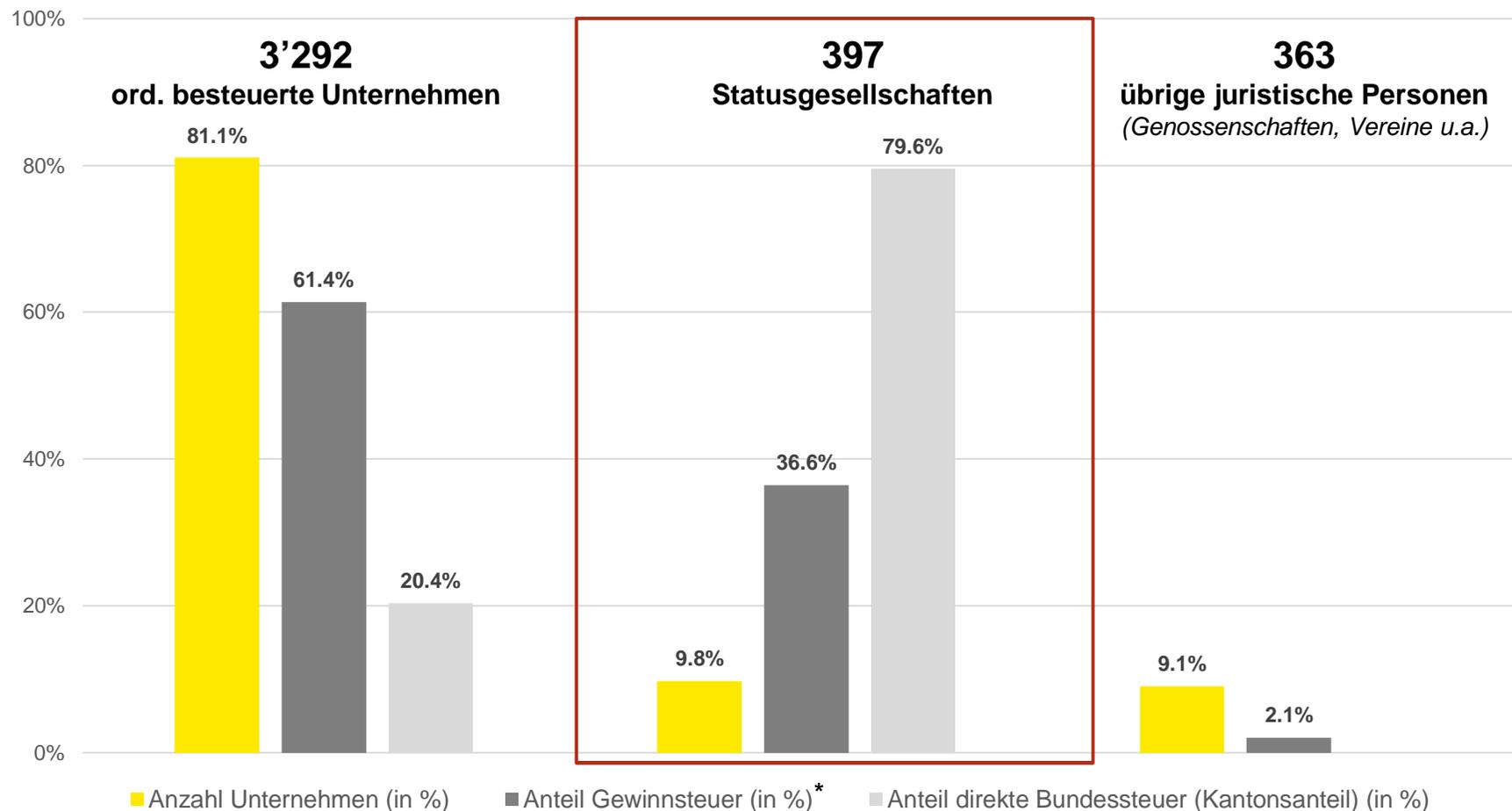
Total **CHF 56.5 Mio.** Steuerreinnahmen von juristischen Personen für Kanton und Gemeinden = **46.8%** der gesamten Steuereinnahmen der juristischen Personen  
+ zwischen **CHF 7-20 Mio.** Steuereinnahmen von Arbeitnehmenden



Dazu kommen massgebliche **Umsätze bei Gewerbe, Detailhandel und Gastronomie**

Quelle: Kanton Schaffhausen, Steuerstatistik Juristische Personen 2014

# Den grossen Anteil Steuern bezahlen wenige Unternehmen



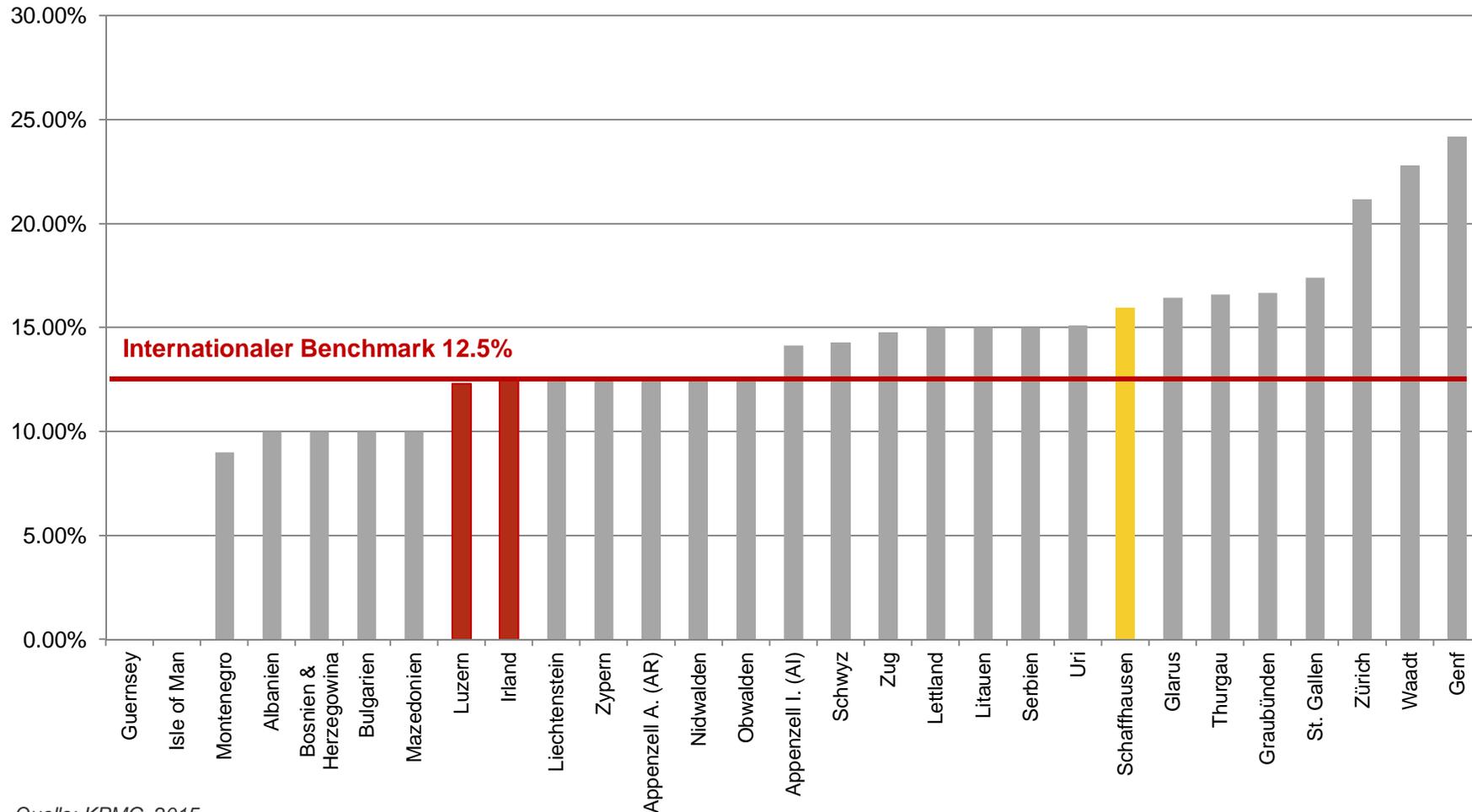
\* Einfache Gewinnsteuer

Quelle: Steuerstatistik Kanton Schaffhausen JP 2014, S. 8

# Irland und Luzern setzen den Benchmark



## Effektive Gewinnsteuerbelastung in Prozent



Quelle: KPMG, 2015

### Afghanistan

#### 27 Menschen bei Anschlag in Kabuler Moschee getötet

KABUL. Bei einem Selbstmordanschlag der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf eine schiitische Moschee in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind gestern mindestens 27 Menschen getötet worden. 35 weitere Menschen wurden gemäss Angaben der Polizei verletzt. Der Attentäter drang in die Bakir-Allah-Moschee ein und zündete seinen Sprengsatz, als sich dort zahlreiche Gläubige zum Gebet anlässlich des Feiertags Arbaïn versammelt hatten. Arbaïn findet 40 Tage nach dem schiitischen Aschura Fest statt.

«Es ist wahrscheinlich, dass die Opferzahl noch steigt», sagte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums. Ein Augenzeuge berichtete, er habe überlebt, weil er zum Zeitpunkt der Explosion hinter einer Säule gesessen habe. Sein Bruder jedoch sei verletzt worden. «Die Moschee war voll. Ich habe geholfen, mindestens 30 Tote und Verletzte hinauszutragen.»

#### IS bekennt sich zu Anschlag

Die Terrormiliz IS bekannte sich zum Anschlag. Ein IS-Kämpfer habe bei einem Selbstmordattentat die schiitische Moschee angegriffen, teilte die IS-Propagandagestalt Amaq über das Internet mit. Weitere Details wurden nicht genannt. Präsident Aschraf Ghani und Regierungschef Abdullah Abdullah verurteilten den Anschlag als «barbarisch». Der Angriff an einem heiligen Ort sei gegen die unschuldige Bevölkerung gerichtet gewesen, darunter auch Kinder, schrieb Abdullah auf Twitter (*sda*).

### Journal

#### SPD will sich von Merkel nicht treiben lassen

BERLIN. Die SPD will sich durch die erneute Kanzlerkandidatur von Angela Merkel nicht unter Druck setzen las-

## London will die Firmen entlasten

Zum harten Steuerwettbewerb entschlossen scheint die britische Regierung, um die negativen Brexit-Folgen zu mildern.

VON SEBASTIAN BORGER

LONDON. Premierministerin Theresa May hat gestern vor dem Industrieverband CBI nicht nur die bereits beschlossene Senkung der Unternehmenssteuer auf 17 Prozent bis 2020 bekräftigt. Trotz Warnungen von EU-Partnern werde man notfalls auch weiter reduzieren, um das erklärte Ziel zu erreichen: «Wir wollen die niedrigste Unternehmenssteuer aller G-20-Länder anbieten», sagte May in London.

Der weitergehende Schritt gilt in der britischen Hauptstadt als Reaktion auf die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten. Der Republikaner hatte im Wahlkampf versprochen, US-Unternehmen würden deutlich geringer besteuert. Die Rede war von 15 Prozent. Im Gegenzug sollen sie ihre im Ausland parkierten Gewinne repatriieren.

Sollte der neue Präsident diese Pläne tatsächlich umsetzen, will Grossbritannien offensichtlich gleichziehen. Presseberichte in London spekulierten sogar auf eine noch weitergehende Senkung unter die 15-Prozent-Marke. Das Land käme dann in die Nähe der Nachbarinsel Irland, wo seit Jahrzehnten der Niedrigsteuersatz von 12,5 Prozent gilt – sehr zum Ärger vieler EU-Partner.

#### Keine Freude in Deutschland

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble reagierte gestern verschlüsselt auf die Nachrichten aus London. Einstweilen seien die Briten noch an EU-Recht gebunden, sagte Schäuble. Zudem habe der jüngste G-20-Gipfel in Antalya eine Einigung erbracht, dem



Theresa May, seit gut vier Monaten Premierministerin von Grossbritannien, hat gestern eine sehr unternehmerfreundliche Rede gehalten. Und will damit ihr beschädigtes Verhältnis zur Wirtschaft kitten.

Bas Key

Steuerwettbewerb den Garaus zu machen.

Schon Mays Vorgängerregierung unter Premier David Cameron hatte in den letzten Jahren stets davon gesprochen, sie wolle für ausländische Investoren «das wettbewerbsfähigste», sprich das niedrigste Steuerregime aller G-20-Mitglieder bieten. Ausser der stetigen Reduzierung der Unternehmenssteuer, zunächst auf den derzeit geltenden Satz von 20 Prozent und auf 17 Prozent bis zur Wahl 2020, rühmen sich die Briten «generöser und flexibler Entlastungen» für Forschung und Ent-

wicklung. Hersteller von Videospielen, digitaler Animation und Filmproduktionsfirmen erhalten durch eine Patentbox sogar das Anrecht auf einen Steuersatz von 10 Prozent.

Mit ihrer sehr unternehmerfreundlichen Rede will die seit gut vier Monaten amtierende May ihr beschädigtes Verhältnis zur Wirtschaft reparieren. Noch vor wenigen Wochen hatte die Konservative scharfe Angriffe auf ungenannte Firmen gerichtet, die Steuern hinterzögen und ihre Angestellten ausbeuteten. «Wir werden sie zur Strecke bringen», teilte May damals mit. Im

Mittelpunkt ihrer Politik stehe die «normale Arbeiterschicht».

#### Das Leben erschweren

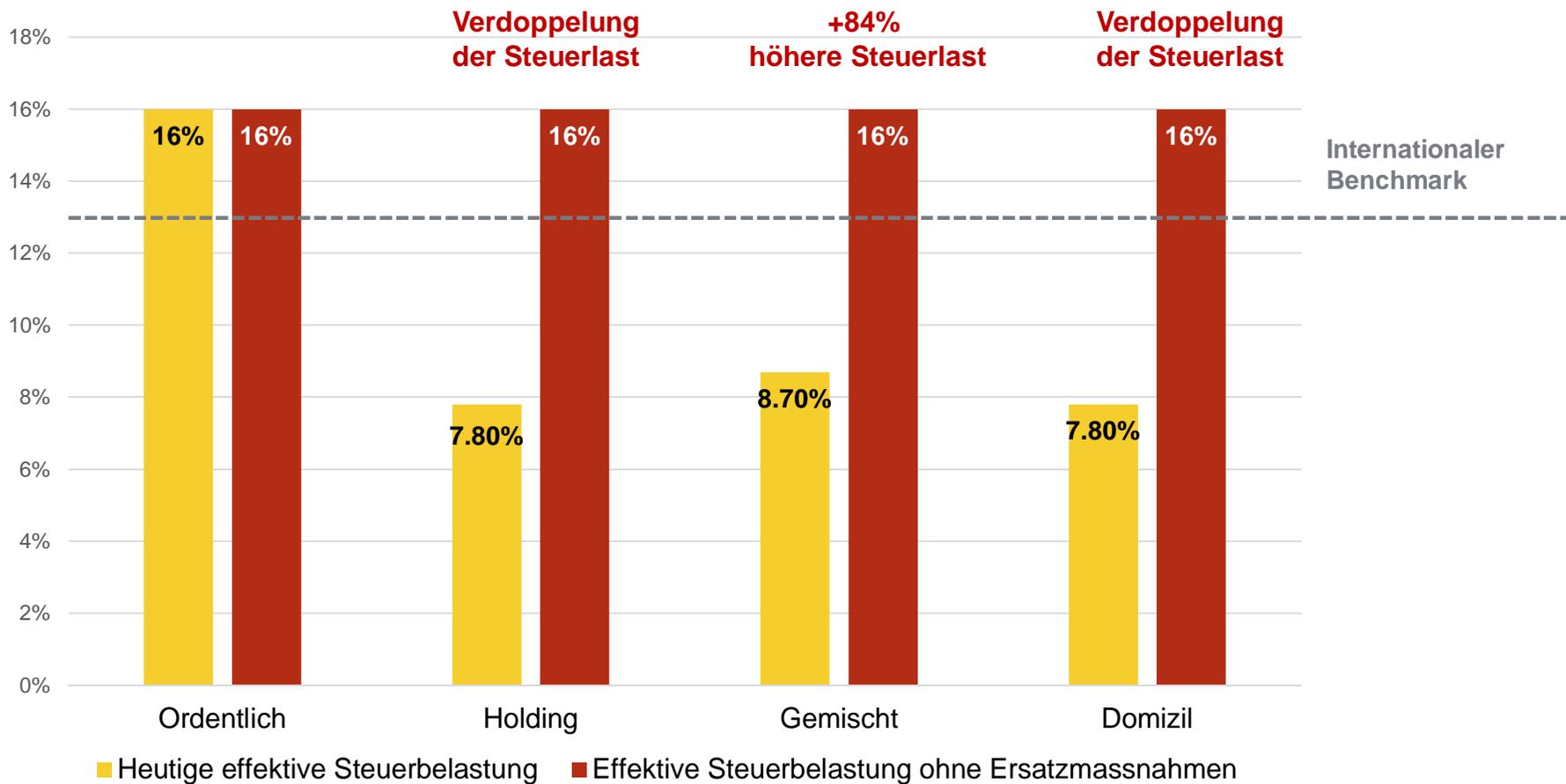
Als erschreckend fanden viele britische Unternehmer auch die Ankündigung Mays, man wolle nach deutschem Vorbild Arbeitnehmervertretern Plätze im Aufsichtsrat sichern. Davon ist mittlerweile höchstens noch in abgeschwächter Form die Rede. Hingegen soll Steuervormeidern wie Google, Apple oder Facebook, aber auch heimischen Firmen, weiterhin das Leben erschwert werden.

- «Wir wollen die **niedrigste Unternehmenssteuer** aller G-20-Länder anbieten»
- «Presseberichte in London spekulierten sogar auf eine noch weitergehende Senkung unter die 15%-Marke»
- «Das Land käme dann in die **Nähe von Irland** (12.5% Steuersatz)»
- «...rühmen sich die Briten **'generöser und flexibler Entlastungen'** ...»
- «...**Patentbox** ...»

# Abschaffung der kantonalen Steuerstatus bedroht Wettbewerbsfähigkeit



## Ohne Ersatzmassnahmen droht...



# Zwischenfazit: Ersatzmassnahmen sind notwendig



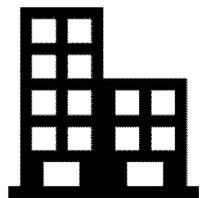
- **Ohne Ersatzmassnahmen** ist der Kanton Schaffhausen international und interkantonal **nicht mehr wettbewerbsfähig**
  - **Schaffhausen verliert den Anschluss** im Steuer- und Standortwettbewerb
  - **Verdoppelung der Steuerlast**
  
- **Zwingender Handlungsbedarf zur Sicherung** von:
  - Arbeitsplätzen
  - Steuereinnahmen
  - Standortattraktivität
  - Wirtschaftlicher Entwicklung

- Ausgangslage
  - Internationaler Druck auf Schweizer Steuersystem
  - Antwort der Schweiz: Unternehmenssteuerreform III
- Situation Kanton Schaffhausen
  - Betroffenheitsanalyse: Arbeitsplätze und Steuereinnahmen
  - Standortwettbewerb
- **Gesamtstrategie Wirtschaftsstandort Schaffhausen**
- Umsetzung Kanton Schaffhausen
  - Unternehmen und Arbeitskräfte
  - Bevölkerung
  - Finanzierung
- Fazit und nächste Schritte

- Nationale und internationale **Konkurrenzfähigkeit** des Wirtschaftsstandortes Schaffhausen **sichern, festigen und stärken**
- Bisherige Politik der Ansiedlung von nationalen und internationalen **Gesellschaften mit substanziellen Tätigkeiten** weiterführen
- Heute in Schaffhausen **ansässige** international orientierte und **wertschöpfungsstarke Unternehmen halten** und in ihren Ausbau-/ Investitionsprojekten **unterstützen**
- **Leistungsfähigkeit von KMU, Gewerbe und Startup** mit vorwettbewerblichen Unterstützungsleistungen und mit gezielten Massnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Standortfaktoren **steigern**
- **Massnahmen zur Attraktivierung der Wohnregion Schaffhausen** zur Stärkung des regionalen Arbeitsmarktes

- Ausgangslage
  - Internationaler Druck auf Schweizer Steuersystem
  - Antwort der Schweiz: Unternehmenssteuerreform III
- Situation Kanton Schaffhausen
  - Betroffenheitsanalyse: Arbeitsplätze und Steuereinnahmen
  - Standortwettbewerb
- Gesamtstrategie Wirtschaftsstandort Schaffhausen
- **Umsetzung Kanton Schaffhausen**
  - **Unternehmen und Arbeitskräfte**
  - **Bevölkerung**
  - **Finanzierung**
- Fazit und nächste Schritte

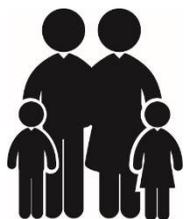
# Ein ausgewogenes Paket für den Kanton Schaffhausen



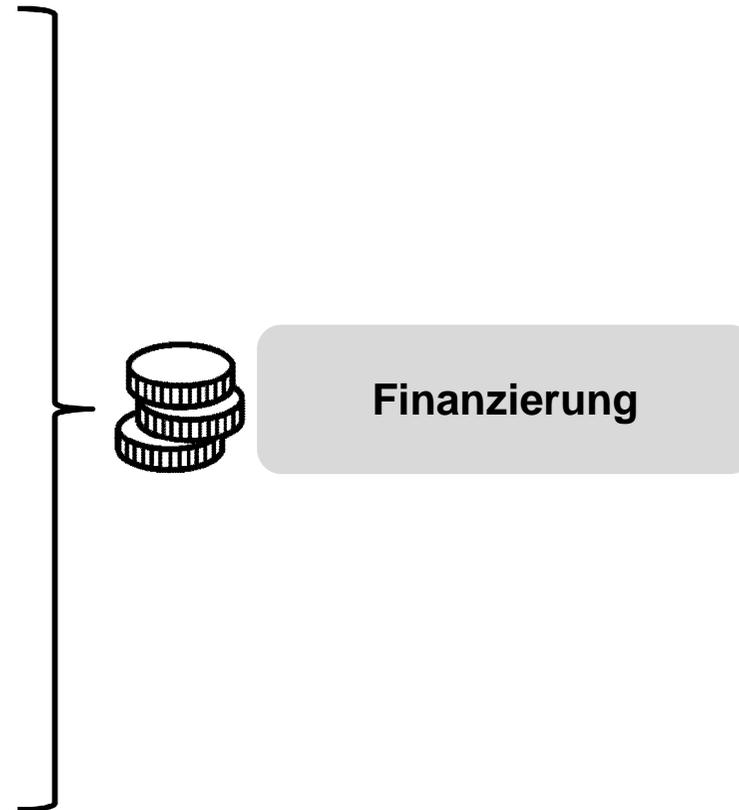
**Stärkung Wettbewerbsfähigkeit**



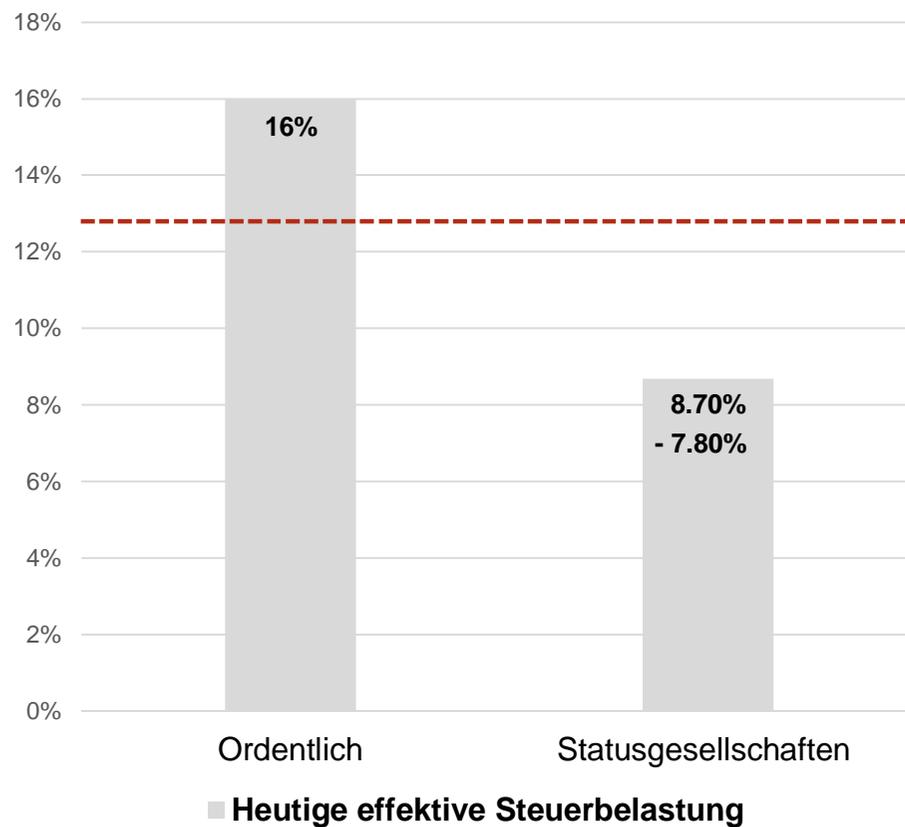
**Sicherung Arbeitsplätze**



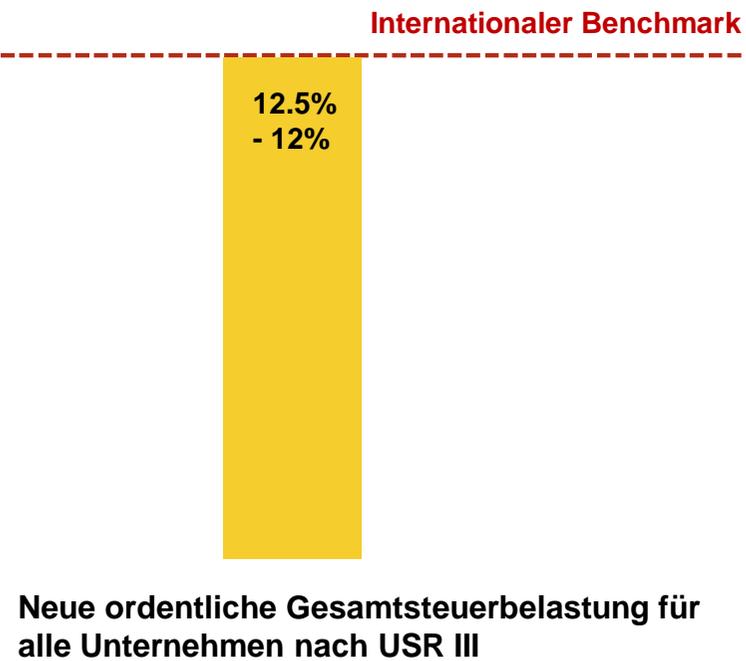
**Entlastung der Bevölkerung**



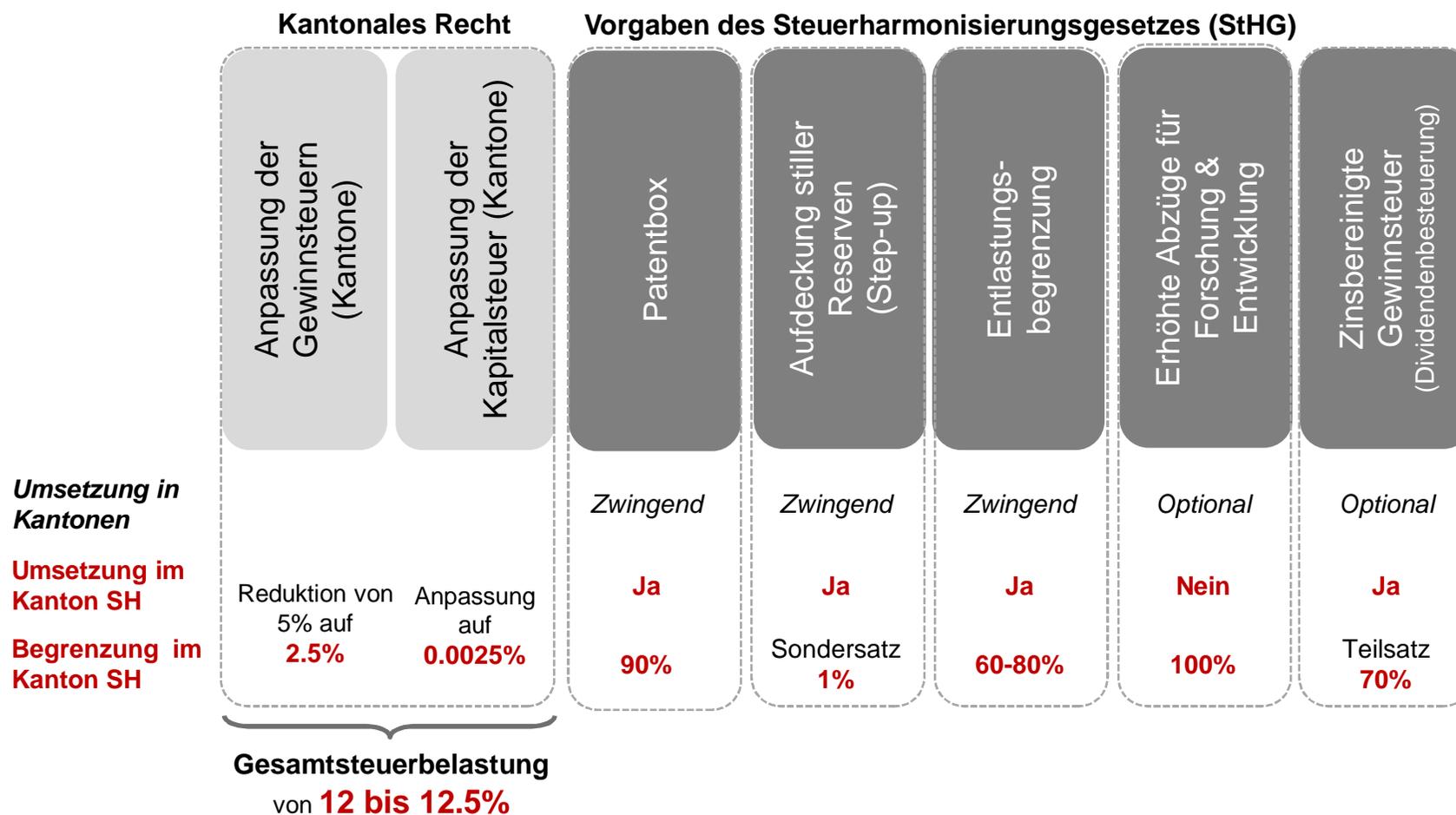
# 12 bis 12.5% Gesamtsteuerbelastung für alle Unternehmen



- Ziel:**
- Gleichbehandlung
  - Keine Bürokratie
  - Orientierung am Benchmark



## Unternehmenssteuerreform III

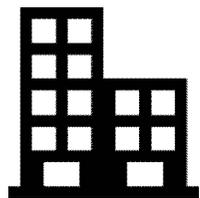


# Steuerreform stärkt KMU, innovative Unternehmen und solche mit Substanz



- **KMU, Gewerbe und weitere heute ordentlich besteuerte Unternehmen** werden durch Gewinnsteuersatzsenkung **entlastet**
- Unternehmen, die in der Schweiz über einen **hohen Forschungsanteil** verfügen profitieren von der **Patentbox**
- **Unternehmen mit verhältnismässig viel Eigenkapital** werden mittels einer tiefen Kapital- sowie der zinsbereinigten Gewinnsteuer gestärkt
- Unternehmen, die **heute steuerlich privilegiert** sind, **keine Forschung & Entwicklung** betreiben und **wenig Substanz** aufweisen werden deutlich **höher belastet**

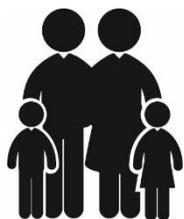
# Ein ausgewogenes Paket für den Kanton Schaffhausen



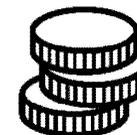
**Stärkung Wettbewerbsfähigkeit**



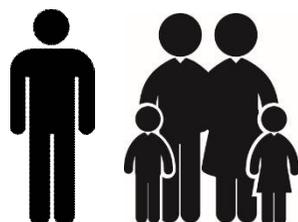
**Sicherung Arbeitsplätze**



**Entlastung der Bevölkerung**



**Finanzierung**



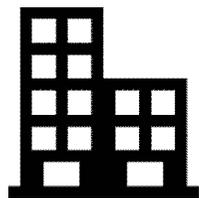
**Eine Einzelperson und auch eine Familie mit zwei Kindern bezahlt jährlich rund 1% weniger Steuern.\*  
Tiefere Einkommen werden prozentual stärker entlastet.**

...durch **Erhöhung des Versicherungsabzugs auf das Niveau des Bundes**

- Erhöhung der Abzüge zwischen CHF 200 bis 1'250
- Einfache und direkt und nachvollziehbare Reduktion der Steuerbelastung für natürliche Personen
- Vereinfachung durch gleiche Abzüge wie beim Bund

\*Annahmen: Einzelperson: reformiert, Einkommen CHF 75'000, Vermögen CHF 50'000;  
Familie: verheiratetes Paar, reformiert, zwei Kinder, Einkommen CHF 150'000, Vermögen CHF 300'000

# Ein ausgewogenes Paket für den Kanton Schaffhausen



**Stärkung Wettbewerbsfähigkeit**



**Sicherung Arbeitsplätze**



**Entlastung der Bevölkerung**



**Finanzierung**

# USR III: Investitionen Kanton und Gemeinden über 5 Jahre p.a.

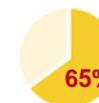


|  |           |
|--|-----------|
| Mindereinnahmen juristische Personen inkl. Erhöhung Anteil DBSt JP auf 21,2% | -9,7 Mio. |
|--|-----------|

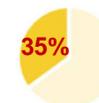
|  |           |
|--|-----------|
| Mehreinnahmen Erhöhung Teilbesteuerung Dividende auf 70% | +3,1 Mio. |
|--|-----------|



|  |                         |
|--|-------------------------|
| <b>Netto Mindereinnahmen JP / Dividendenbesteuerung p.a.</b> | <b><u>-6,6 Mio.</u></b> |
|--|-------------------------|



|   |                         |
|---|-------------------------|
| <b>Erhöhung Versicherungsabzug für natürliche Personen auf Niveau Bund p.a.</b> | <b><u>-3,6 Mio.</u></b> |
|---|-------------------------|



|  |                          |
|--|--------------------------|
| <b>Investitionen p.a. in den ersten 5 Jahren</b> | <b><u>-10,2 Mio.</u></b> |
|--|--------------------------|

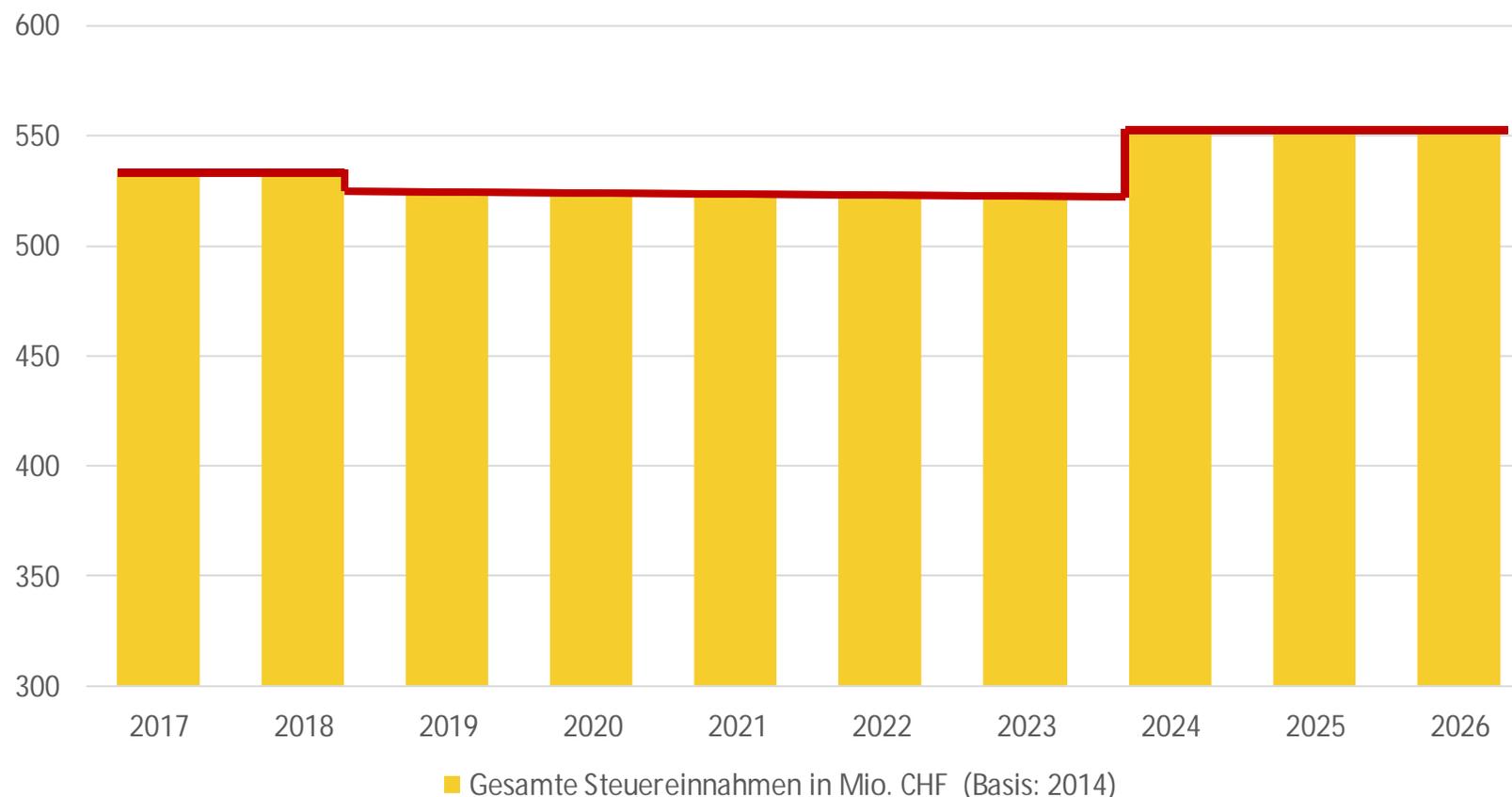


# USR III: Finanzielle Auswirkungen Kanton und Gemeinden

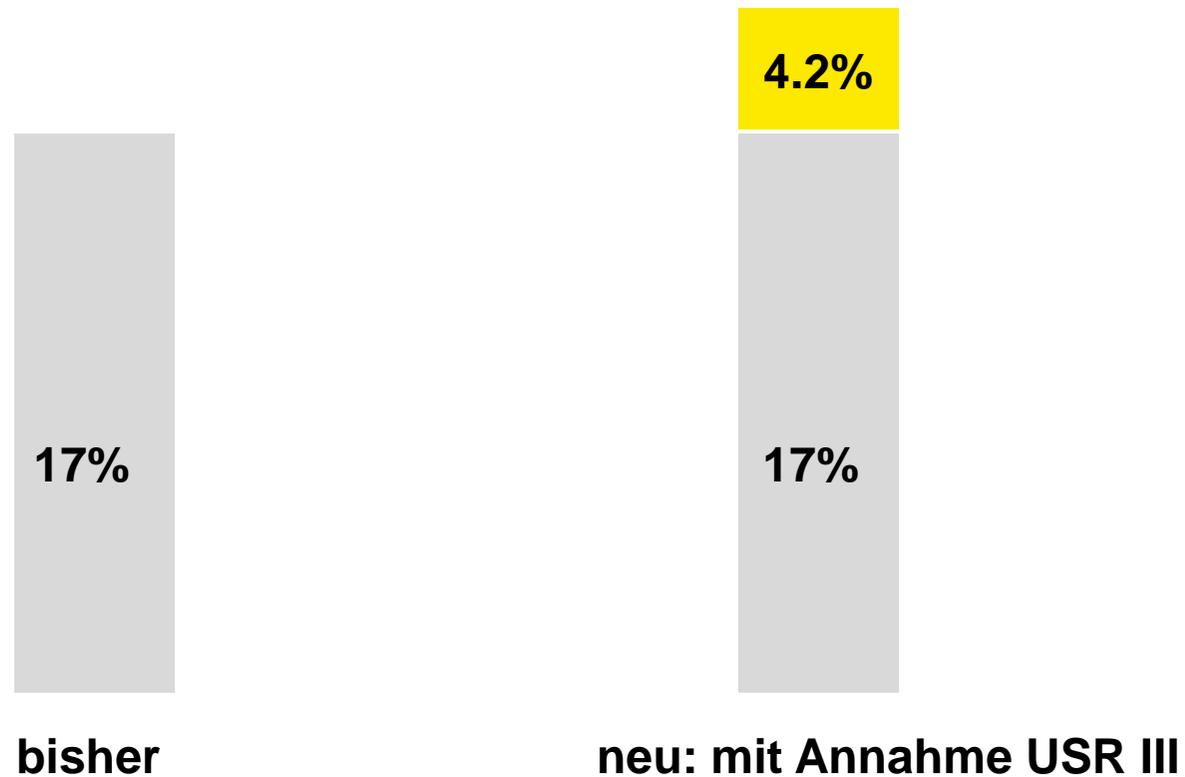


**Gesamtsteuereinnahmen natürliche und juristische Personen (2014): CHF 534 Mio.  
Erwartete Situation über 5 Jahre: Steuerausfälle von CHF 10.2 Mio. p.a. (< 2% der  
Gesamtsteuereinnahmen)**

**Erwartete Situation ab dem 6. Jahr: Steuermehreinnahmen**



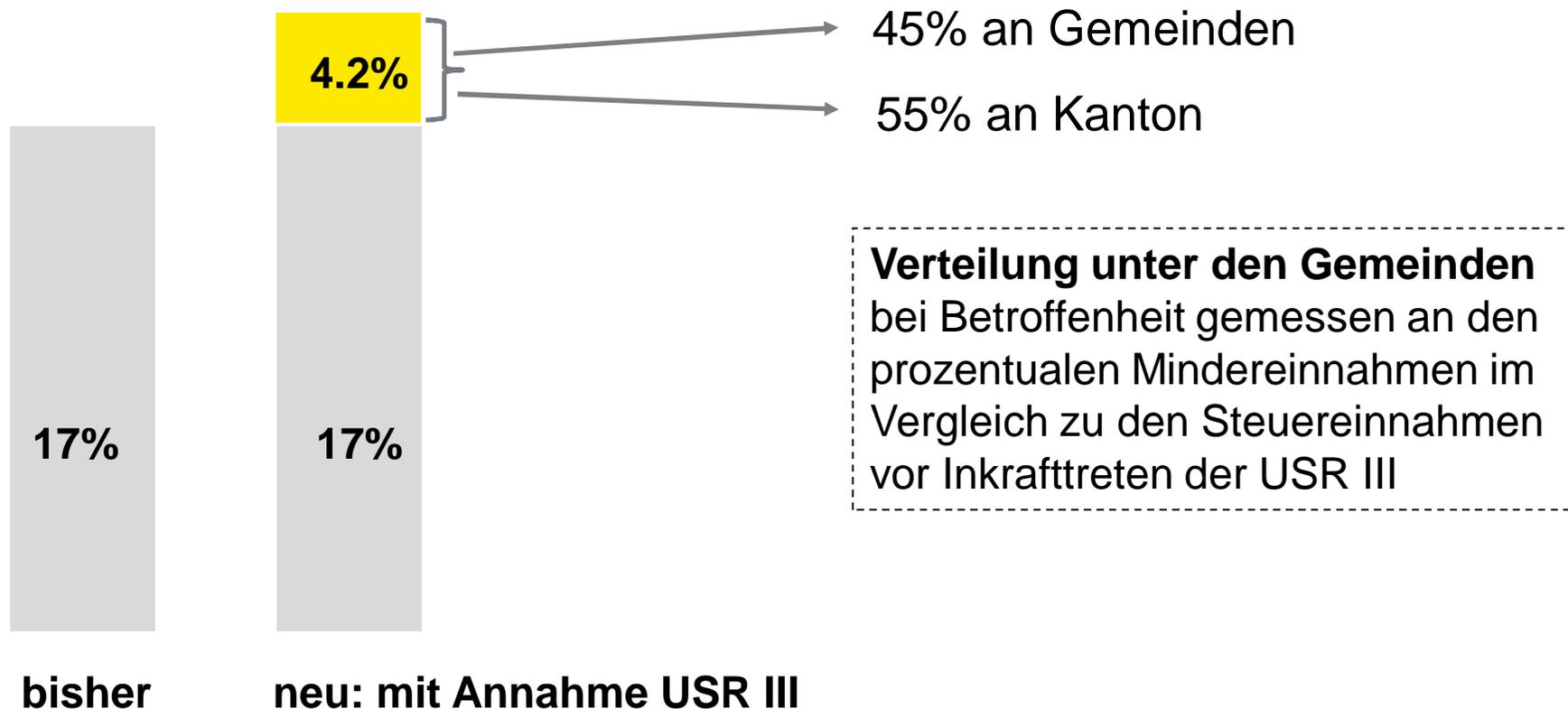
# Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer von 17% auf 21.2%



# Lastenausgleich Gemeinden



zusätzlicher Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer JP  
wird **fair verteilt**:

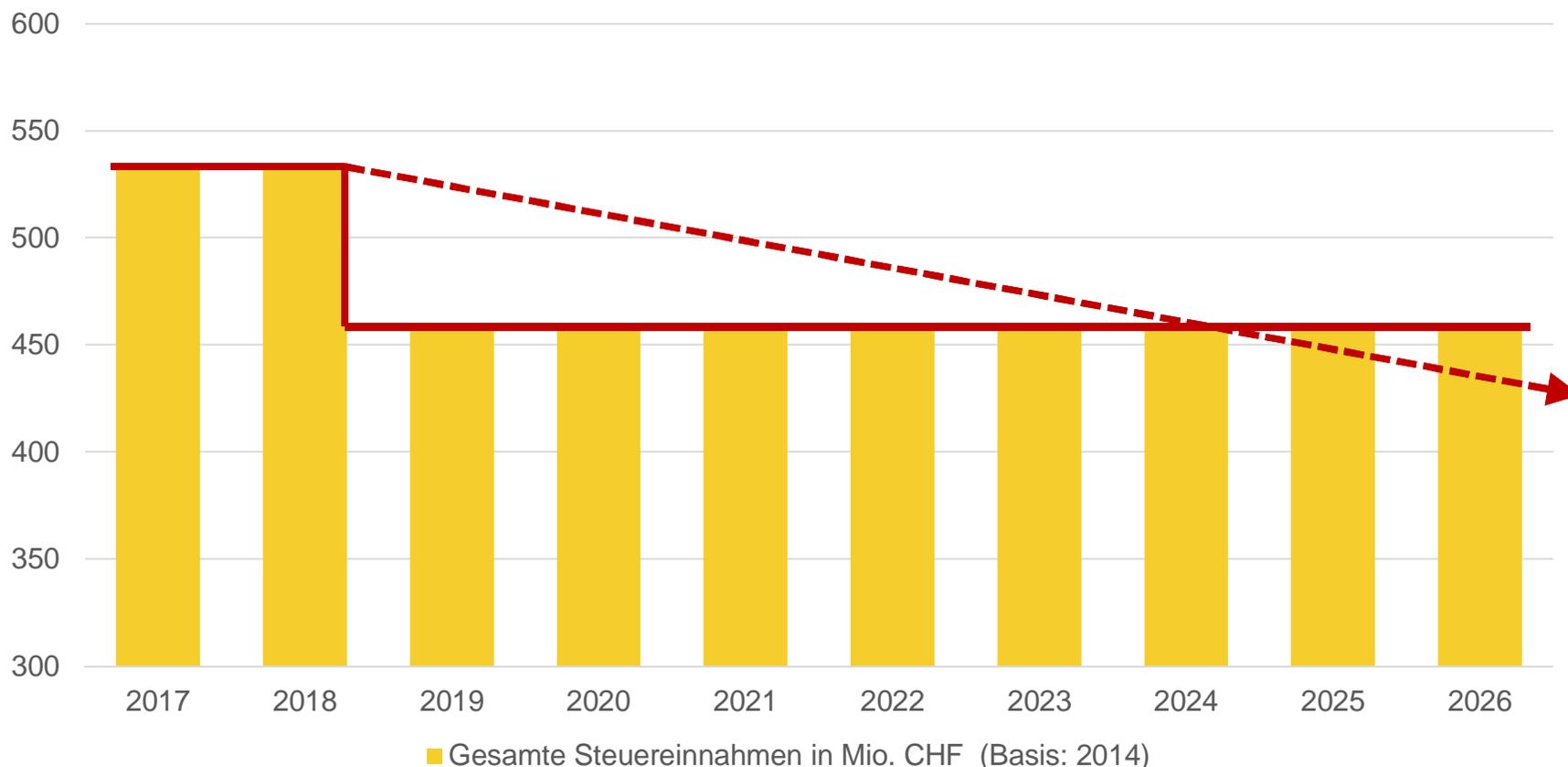


- Ausgangslage
  - Internationaler Druck auf Schweizer Steuersystem
  - Antwort der Schweiz: Unternehmenssteuerreform III
- Situation Kanton Schaffhausen
  - Betroffenheitsanalyse: Arbeitsplätze und Steuereinnahmen
  - Standortwettbewerb
- Gesamtstrategie Wirtschaftsstandort Schaffhausen
- Umsetzung Kanton Schaffhausen
  - Unternehmen und Arbeitskräfte
  - Bevölkerung
  - Finanzierung
- **Fazit und nächste Schritte**

# Auswirkungen über die nächsten Jahre *ohne* USR III



**Ohne** Ersatzmassnahmen im Rahmen der USR III droht ein **Verlust** von...  
...**CHF 56.5 Mio.** aus juristischen Personen und  
...**CHF 7-20 Mio.** aus natürlichen Personen  
... **3'200 Arbeitsplätze** und negative nachgelagerte Effekte



Die Unternehmenssteuerreform III ermöglicht dem Kanton Schaffhausen ein ausgewogenes Massnahmenpaket, welches folgende Ziele erreicht:

- Der Kanton Schaffhausen stärkt seine Wettbewerbsfähigkeit. **3'200 Arbeitsplätze im Kanton werden gesichert** und die Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird gelegt.
- **KMU, innovative Unternehmen und solche mit Substanz werden entlastet** und gestärkt.
- Begleitmassnahmen bewirken eine **finanzielle Entlastung der Bevölkerung.**
- Die Reform ist für den Kanton Schaffhausen und seine Gemeinden **finanziell tragbar.**

# Nächste Schritte

